



Gabriele Schmidt
Mitglied des Bundestages

I. Das Wichtigste zuerst

1. Aktuelle Lage in der Asylpolitik

Der Koalitionsausschuss hat sich diese Woche auf ein [Gesamtpaket für Flüchtlingshilfe](#) geeinigt. Es enthält u.a. **Maßnahmen für Bekämpfung von Flüchtlingsursachen**, zur **Zusammenarbeit von Bund, Ländern und Kommunen**, zur **Beseitigung von Fehlanreizen** sowie zur **Entlastung für Länder und Kommunen**. Dr. Ole Schröder MdB, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesinnenminister, hat am Dienstagmorgen unsere Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales zudem ausführlich aus erster Hand informiert. Wichtige Voraussetzung für die Bewältigung des starken Andrangs von Asylsuchenden ist und bleibt ein einheitliches EU-Asylrecht. Konkret geht es um eine Vorverlegungsstrategie und damit um Schaffung von sog. Hotspots in den EU-Mitgliedstaaten, an deren Außengrenzen der Flüchtlingsandrang besonders groß ist. Die Flüchtlingsströme dürften aus Sicht des Innenministeriums nicht ausschließlich nach Deutschland geleitet werden. Am 14. September findet dazu ein Sondertreffen der europäischen Innen- und Justizminister statt.

Dass die Asylverfahren dringend beschleunigt werden müssen, steht ebenfalls außer Frage. Die zusätzlichen 1000 Stellen allein in diesem Jahr, die vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BMAF) geschaffen werden sollen, entstehen allerdings nicht von heute auf morgen. Problematisch erweist sich auch der Rückruf von bereits in Pension gegangenen Mitarbeitern.

„Schmidts Berliner Brief“ 14/15

Liebe Leserinnen und Leser,

herzlich willkommen zur aktuellen Ausgabe!

Diese Woche standen Beratungen zum Bundeshaushalt 2016 und zum Finanzplan des Bundes 2015 bis 2019 auf der Tagesordnung. Aufgrund der aktuellen Lage werden den Ländern und Kommunen weitere 3 Mrd. Euro zur Verfügung gestellt, so dass insgesamt 6 Mrd. Euro für die Asylpolitik nächstes Jahr bereit stehen werden.

Der Einzelplan 11 des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales ist mit über 127 Milliarden Euro auch in diesem Jahr der größte. Gegenüber dem Jahr 2015 steigen die Ausgaben um 1,62 Milliarden Euro. U.a. wird mehr Geld für den Abbau der Langzeitarbeitslosigkeit ausgegeben. Dafür stehen 160 Millionen Euro zur Verfügung und damit 40 Millionen mehr als 2015.

Ganz besonders gefreut habe ich mich diese Woche über den Besuch von Oliver Straub. Für ein gutes Bundesteilhabegesetz machten er und seine Begleiter eine Tour quer durch Deutschland (S. 3).

Unterstützung für mein Team gab es diese Woche von der Schülerin Christina Horb. Ihren Praktikumsbericht lesen Sie auf Seite 3.

*Herzliche und sonnige Grüße
Ihre*

Die Integration von Asylbewerbern mit Bleibeperspektive kann am besten durch Arbeit gelingen. Es bedarf dafür gewisser sprachlicher Kenntnisse und auch der Unterstützung für Arbeitgeber. Alle diese offenen Fragen müssen so schnell wie möglich geklärt werden. Am 15. Oktober findet in Berlin ein **Kommunalforum Asyl und Flüchtlinge**, zu dem alle Landräte und Oberbürgermeister eingeladen sind, statt.

Deutschland steht vor einer großen Herausforderung. Nur gemeinsam kann es uns gelingen, diese zu schaffen. Ich möchte mich an dieser Stelle ausdrücklich bei allen bedanken, die helfen und die Flüchtlinge und damit uns alle unterstützen!

2. Pflegeversicherung für Grenzgänger – Nachtrag zur Ausgabe des „Schmidts Berliner Brief“ 14/14



Nachdem ich erneut mehrmals auf das Thema der Pflegeversicherung für Grenzgänger angesprochen worden bin, habe ich dies zum Anlass genommen, ein drittes Mal beim Bundesgesundheitsministerium Informationen einzuholen. Ich möchte meinen Beitrag aus dem letzten Jahr ergänzen. Konkret geht es um Grenzgänger, die nicht im Pflichtversicherungssystem der Schweiz sind. Es besteht grundsätzlich die Möglichkeit, sich von der vorrangigen Versicherungspflicht in der Schweiz für die Krankenversicherung befreien zu lassen, wenn man nachweisen kann, dass man in Deutschland für den Krankheitsfall „gedeckt“ ist.

Richtig ist auch, dass Grenzgänger, die in der Schweiz gesetzlich krankenversichert sind, in Deutschland weder von der Versicherungspflicht in der sozialen noch in der privaten Pflegeversicherung erfasst sind. Für diese Personen existiert auch keine Verpflichtung, eine Pflegezusatzversicherung in Deutschland abzuschließen.

Etwas anderes gilt für Grenzgänger, die in der Schweiz privat krankenversichert sind. Sie unterliegen der privaten Pflegeversicherungspflicht in Deutschland. Da ausländische Versicherungsunternehmen die deutsche Pflegeversicherung nicht durchführen, sollte eine private Pflegeversicherung in Deutschland abgeschlossen werden. Sollten in diesem Zusammenhang weitere Fragen auftreten, freue ich mich auf eine Nachricht von Ihnen.

II. Die Haushaltswoche im Parlament

1. Schwarze Null. Unsere Fraktion trat die Haushaltsberatungen mit der Maßgabe an, weiterhin die schwarze Null ohne Steuererhöhungen umzusetzen. Angesichts des Flüchtlingszustroms, des Zins- und Konjunkturrisikos sowie der künftigen Finanzierung der Mütterrente ist dies gerade auch in der mittelfristigen Finanzplanung ein weiterhin ehrgeiziges Ziel. Der Kabinettsbeschluss, der die bereits 2014 erzielte schwarze Null über 2015 auch in den Jahren 2016 bis 2019 fortschreibt, ist dafür eine solide Grundlage.

2. Haushalt des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Zu den Schwerpunkten zählt der Haushalt des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, der um 13,5 Prozent auf 7,42 Milliarden Euro ansteigen soll. Dies ist der höchste Zuwachs seit Gründung des Ministeriums. Auch für die Folgejahre

sind Etats von je 7,5 Milliarden Euro eingeplant. Der Mittelaufwuchs dient vor allem der Bekämpfung der Fluchtursachen im Mittleren und Nahen Osten sowie in Afrika. So ist für 2016 geplant, 600 Millionen Euro in Flucht- und Aufnahmeländer besonders im Umfeld des Syrien-Konflikts zu investieren.

III. Sonstiges

1. Oliver Straub in Berlin angekommen – „Tour für ein gutes Bundesteilhabegesetz“



Mit dem Elektrorollstuhl haben es Oliver Straub und seine Begleiter von Bodensee bis nach Berlin geschafft. Die Gruppe wurde von mir und meinen Kollegen vor dem Paul-Löbe-Haus begrüßt. Der junge Mann ist infolge eines Badeunfalls querschnittsgelähmt und auf den Elektrorollstuhl sowie auf Persönliche Assistenz im Alltag angewiesen. Als Initiator der Tour kämpft er für eine echte gesellschaftliche Teilhabe und die Abschaffung der Einkommens- und Vermögensanrechnung. Die Forderung nach mindestens einer Anhebung der Vermögensgrenze ist

mehr als berechtigt. Ich unterstütze sie ausdrücklich. Es muss daher geprüft werden, inwiefern die Fachleistungen unabhängig vom Einkommen und Vermögen erbracht werden können.

2. Schülerin Christina Horb aus Osterburken absolviert ein Praktikum im Berliner Büro

Mein Name ist Christina Horb, ich bin 15 Jahre alt. Meine Hobbies sind Tanzen, Klavier, Gitarre, Federball und Fußball spielen. Zurzeit besuche ich noch die 9 Klasse auf dem Ganztagsgymnasium in Osterburken. Vor dem Schulbeginn der 10 Klasse mache ich gerade ein freiwilliges, einwöchiges Praktikum bei der Bundestagsabgeordneten Gabriele Schmidt im Bundestag.

Zu Beginn des Praktikums wurde ich im Büro von Frau Gabriele Schmidt herzlich von ihr und ihrem Büroteam begrüßt. Durch das tolle Programm durfte ich in viele verschiedene Bereiche reinschauen und auch daran teilnehmen. Als erstes habe ich an einer Führung durch den Bundestag teilgenommen und dabei viel über den Bundestag



gelernt. Ich war bei vielen Terminen dabei, z.B. bei einer Arbeitsgruppensitzung des Ausschusses Arbeit und Soziales, in der man mit dem Parlamentarischen Staatssekretär im Innenministerium, Ole Schröder MdB, die Situation um die Flüchtlinge diskutiert hat. Da meine Praktikumswoche auch eine Haushaltwoche ist, habe ich an Plenarsitzungen teilgenommen. Bei diesen wurde unter anderem der Bundeshaushalt nächsten Jahres diskutiert und Bundeskanzlerin Angela Merkel sprach in ihrer Rede über die aktuelle Situation in Deutschland. Auch im Büro durfte ich mithelfen, um z.B. Informationen für Frau Schmidt herausfinden. Alles in Allem fand ich es ein gelungenes Praktikum, da ich viel gelernt und viel über die Arbeit einer Bundestagsabgeordneten erfahren habe.

IV. Aktuelle Termine/Hinweise

1. Bürgersprechstunde



Ich lade alle interessierten Bürgerinnen und Bürger zu meiner nächsten Bürgersprechstunde **am Dienstag, dem 6. Oktober, ab 17.00 Uhr, in die Hauptstr. 18, Waldshut-Tiengen**, ein!

Ich freue mich auf viele interessante Begegnungen und Gespräche! Hier finden Sie die nächsten Termine: [Bürgersprechstunde](#)

2. [Meine Termine der nächsten Tage im Wahlkreis \(Auswahl\)](#):

- | | |
|---------------------------|---|
| 11. September: | Einweihungsfeier „Neue Murger Mitte“, Bürgerplatz/Murgtalhalle |
| 12. September: | „Alle in einem Boot“ – Schifffahrt auf dem Titisee mit interessierten Bürgerinnen und Bürgern und Mitgliedern der CDU, Anlegestelle Bootstouren Schweizer |
| 13. September: | • Am Abend Bekanntgabe des Ergebnisses der Oberbürgermeisterwahl, Stadthalle Waldshut |
| 14. September: | • Gespräch zum Bahnverkehr auf der Hochrheinstraße, Sparkasse Hochrhein, Waldshut-Tiengen

• Hotel St. Fridolin Bad Säckingen – Besuch im Rahmen Informationsreihe „Integrationsunternehmen“

• Ladendienst im Weltlädeli, Murg – „Faire Woche“

• CDA Bezirksausschusssitzung, Kirchzarten |
| 15.-17. September: | Klausurtagung Landesgruppe Baden-Württemberg in Berlin |